

Gesammelte Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Landesjugendbeirats Rheinland-Pfalz

Politische Teilhabe und Beteiligung

Wahlalter 16: Werden Sie sich für die Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Landtags- und Kommunalwahlen einsetzen? Wenn ja, wann soll dies umgesetzt werden?

AfD: Nein. Das Mindestwahlalter sollte an die Volljährigkeit geknüpft bleiben. Mit 18 Jahren sind junge Menschen uneingeschränkt geschäftsfähig und tragen die volle Verantwortung für ihr eigenes Handeln. Das schließt sämtliche Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers ein.

Jugendliche haben auch ohne direktes Wahlrecht viele Möglichkeiten, ihre Belange in demokratische Prozesse einzubringen, beispielsweise über soziale Medien, Demonstrationen und Jugendorganisationen innerhalb und außerhalb von Parteien.

CDU: Volljährigkeit und Wahlrecht gehören für uns zusammen. Anstatt einzelne Grenzen isoliert zu verschieben, braucht es eine grundsätzliche Debatte über Altersgrenzen und Verantwortung. So sollte vielmehr geprüft werden, ob unsere bestehenden Altersgrenzen insgesamt stimmig und nachvollziehbar sind. Derzeit gibt es viele unterschiedliche Regelungen: So ist man etwa mit 14 strafmündig, darf mit 16 den Führerschein für bestimmte Fahrzeuge machen, ist aber erst mit 18 voll geschäftsfähig und wahlberechtigt. Diese Vielzahl an Altersgrenzen wirkt inkonsequent und schwer vermittelbar.

FDP: Junge Menschen übernehmen früh Verantwortung, engagieren sich gesellschaftlich und politisch – deshalb sollen sie auch mitentscheiden dürfen. Wahlen ab 16 sind für uns Freie Demokraten ein zentrales Element einer lebendigen Demokratie. In der kommenden Legislaturperiode werden wir erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen und streben eine zügige Umsetzung für die kommenden Wahlen an.

Freie Wähler: Dieses Thema ist innerhalb unserer Partei noch in der Diskussion und nicht entschieden. Es stellen sich zahlreiche Fragen, die aus unserer Sicht noch nicht zufriedenstellend geklärt sind. Um nur zwei von vielen Beispielen zu nennen: Wie groß ist der Anteil Jugendlicher in dieser Altersgruppe, der tatsächlich eine eigene Entscheidung trifft und nicht einfach die Meinung der Eltern widerspiegelt (eine Frage, die sich insbesondere bei der Briefwahl stellt)? Müssen mit einer Herabsetzung des Wahlalters auch andere Altersgrenzen verändert werden (z.B. Strafmündigkeit, Führerschein etc.)? Unstrittig ist innerhalb unserer Partei, dass interessierte Jugendliche deutlich mehr in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollen. Die Ausweitung dieser Einbindung erscheint uns auch vordringlicher als eine willkürliche Festlegung des Wahlalters auf 16 (warum nicht auf 15 oder gar 14, oder doch erst mal auf 17?). Die Ausweitung der Einbeziehung sollte nicht nur einmal alle 4 oder 5 Jahre an der Wahlurne stattfinden, sondern ein permanenter Prozess innerhalb der politischen Arbeit sein.

B90/GRÜNE: Wir möchten, dass die Stimme von jungen Menschen politisches Gewicht bekommt. Auch wenn unsere Initiative zur Senkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre bisher an der CDU scheiterte, lassen wir nicht locker und kämpfen weiter für eine Absenkung des Wahlalters in Rheinland-Pfalz. Gerne so bald wie möglich, wir stehen nach wie vor für eine Änderung der Landesverfassung bereit.

Die Linke: Ja, auf jeden Fall. In anderen Bundesländern gibt es diese Möglichkeit der politischen Beteiligung bereits. Es ist zwar nicht die einzige Möglichkeit sich politisch zu beteiligen, aber wir sehen die Wahlteilnahme als eine der niedrigschwelligsten Möglichkeiten der Partizipation und finden zudem, dass auch 16jährige Menschen alt genug sind, ihren Willen zu artikulieren.

SPD: Für die SPD ist das Wahlalter ab 16 ein zentraler Baustein, um die demokratische Mitgestaltung junger Menschen nachhaltig zu stärken. Gerade auf kommunaler Ebene, wo Politik besonders unmittelbar wirkt, gibt es keinen sachlichen Grund, den rund 70.000 16- und 17-Jährigen in Rheinland-Pfalz – insbesondere nach der Absenkung des Wahlalters bei Europawahlen – das aktive Wahlrecht weiterhin vorzuenthalten. Zuletzt hat die SPD im Landtag im Jahr 2022 mit den Partnern der Ampel-Koalition einen diesbezüglichen Gesetzentwurf zur Senkung des Wahlalters eingebracht. Diese Initiative scheiterte jedoch an der Zustimmung der CDU-Fraktion für die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Jugendanhörungen: Wie stellen Sie sicher, dass Jugendanhörungen regelmäßig im Landtag und in kommunalen Gremien etabliert werden, um junge Perspektiven systematisch in politische Entscheidungen einzubeziehen?

AfD: Im Rahmen der demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse berücksichtigt die AfD die Perspektiven und Ansichten junger Menschen genauso zu wie die anderer Alters- und Interessensgruppen. Dies geschieht unter anderem über die Jugendorganisation der AfD, die Generation Deutschland. Dies geschieht, indem Jugendliche und Politiker sich inhaltlich austauschen und diskutieren, zum Beispiel im Rahmen von Anhörungen in Fachausschüssen, durch Eingaben aus Jugendparlamenten und -gremien oder Gespräche an Infoständen sowie bei Partei- bzw. (Jugend-)Verbandsveranstaltungen.

Kommunen sollen im Sinne ihrer Selbstverwaltung selbst entscheiden, ob sie ein kommunales Jugendparlament bilden oder nicht. Es ist unnötig, dass das Land den Landkreisen, Städten und Gemeinden dazu Vorschriften macht.

CDU: Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, um die Beteiligungsrechte junger Menschen zu stärken. Bereits 2023 hat man die Gemeinde- und Landkreisordnung geändert, sodass Jugendliche in allen sie betreffenden Belangen künftig beteiligt werden müssen und über das Recht verfügen, einen Antrag auf Einrichtung einer kommunalen Jugendvertretung zu stellen. Mit der Gründung des bundesweit ersten Landesjugendbeirats ist Rheinland-Pfalz das erste Bundesland gewesen, das Kinder und Jugendliche strukturell und institutionell auf Landesebene beteiligt. Auch künftig werden wir beteiligungsorientierte Maßnahmen der Jugendarbeit weiter stark fördern.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen Jugendbeteiligung verbindlicher und sichtbarer machen – insbesondere auf kommunaler Ebene müssen Kinder und Jugendliche noch stärker einbezogen werden. Die Gemeindeordnung gibt hier bereits klare Vorgaben, deren konsequente Umsetzung wir unterstützen. Auch auf Landesebene sollen regelmäßige Jugendanhörungen als fester Bestandteil parlamentarischer Beratungen etabliert werden, um junge Perspektiven systematisch in politische Entscheidungen einzubeziehen. Mit der gesetzlichen Verankerung des

Landesjugendbeirats wurde eine dauerhafte und selbstorganisierte Interessenvertretung junger Menschen geschaffen. Wir wollen diese Strukturen weiter stärken, damit junge Menschen ihre Anliegen wirksam einbringen und die Landespolitik aktiv mitgestalten können.

Freie Wähler: Um sicherzustellen, dass solche Anhörungen stattfinden, müssten sie rechtsverbindlich festgelegt werden. Voraussetzung wäre, dass in ausreichendem Maß Jugendorganisationen etabliert sind, die dann auch eingeschaltet werden können. Hier ist aus unserer Sicht noch viel Basisarbeit zu leisten.

B90/GRÜNE: Jugendbeteiligung ist kein Extra, sondern Grundsatz. Wir wollen die Rechte des Landesjugendbeirats stärken und junge Menschen insgesamt systematischer als bisher in die Landespolitik einbeziehen. Alle Gesetze wollen wir künftig mit einem Jugendcheck prüfen. Diesen wollen wir im Rahmen eines Jugendbeteiligungsgesetzes einführen, mit dem wir Beteiligung auf kommunaler Ebene einheitlich regeln und eine Beratungsstelle für Jugendbeteiligung auf Landesebene einrichten wollen.

In jeder Kommune soll Jugendbeteiligung verbindlich sein. Dafür braucht es Ansprechpersonen, eigene Budgets und klare Rechte, wie Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht. Deswegen wollen wir ein Kommunales Investitionsprogramm zur Jugendförderung und Teilhabe (KIJugend) einführen, das Kommunen gezielt bei innovativen Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützt. Wir machen die Reform der Gemeindeordnung zu einem Hebel für echte Mitbestimmung.

Die Linke: Wir finden Jugendanhörungen und ihre regelmäßige Einbindung im Landtag und kommunalen Gremien sehr wichtig. Sie müssen fester Bestandteil demokratischer Prozesse werden. Jedoch glauben wir, dass die allgemeine Einflussnahme von jungen Menschen auf die Parlamente gravierend erhöht werden muss und zwar nicht nur im beratenden / anhörenden Sinne, sondern stimmberechtigt – dies gilt auch für die weitere Ausgestaltung des Landesjugendbeirates RLP, den wir sehr begrüßen.

Zudem wollen wir insgesamt Jugendparlamente in Kommunen und Städten stärken und finanziell besser ausstatten. Hierzu braucht es gezielte Programme an Schulen und Jugendeinrichtungen, die über diese Mitwirkungsmöglichkeiten informieren und Aspekte sozialer Ungleichheit bei der politischen Partizipation berücksichtigen.

Sollten wir den Einzug in den Landtag schaffen, wollen wir einen sog. Jugendratschlag einberufen, der aus allen Jugendorganisationen in RLP besteht und mit dem wir als Fraktion in Austausch treten wollen.

Zudem werden wir bei einem Landtagseinzug einen der jüngsten Abgeordneten (Ari Arnold) mit gerade mal 19 Jahren haben. Junge Stimmen sind uns auch innerhalb der Partei wichtig, diese auf allen politischen Ebenen einbeziehen ist uns daher ein wichtiges Anliegen.

SPD: Junge Menschen haben ein Recht darauf, ihre Zukunft mitzugestalten. Deshalb sorgen wir als SPD weiter dafür, dass Kinder und Jugendliche früh erfahren, dass ihre Stimme zählt. In den vergangenen Jahren haben wir deshalb die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen deutlich erweitert. Auf kommunaler Ebene ist die verbindliche Jugendbeteiligung nun fest verankert; dafür haben wir die rechtlichen Grundlagen für Jugendparlamente und Jugendräte geschaffen. Mit dem Landesjugendbeirat – dem ersten seiner Art bundesweit – haben wir für junge Menschen zudem eine starke Stimme auf Landesebene verankert, die wir als beratendes Gremium weiter stärken und die sich regelmäßig in politische Entscheidungsprozesse einbringen wird. Ein starker und selbstbewusster Landesjugendbeirat bringt hier die Sichtweisen und Erfahrungen junger Menschen ein und sorgt dafür, dass Entscheidungen näher an ihrem Alltag sind.

Ehrenamtsfreistellung: Unterstützen Sie die Forderung nach einer niedrigschwelligen, ausreichenden Freistellung für ehrenamtliches Engagement für alle Kinder und Jugendlichen (auch von Ausbildungsbetrieben) und wie wollen Sie dies gesetzlich regeln?

AfD: Nein, diese Forderung wird von der AfD nicht unterstützt, weil die Priorität eindeutig auf Schulunterricht und Ausbildung liegen sollte. Ziel einer Berufsausbildung ist es, dass Auszubildende fundiertes Wissen und praktische Kenntnisse ihres Fachbereichs erwerben. Der Fokus einer Ausbildung muss auf den Ausbildungsinhalten liegen. Daher sprechen wir uns gegen eine gesetzliche Pflicht zur Freistellung für das Ehrenamt aus. Ehrenamtliches Engagement muss in der Freizeit erfolgen.

CDU: Als CDU Rheinland-Pfalz setzen wir auf faire Freistellungsregelungen, die den Ehrenamtlichen wie den Unternehmen gereicht werden und sie nicht gegeneinander ausspielen. Zudem setzen wir uns für die Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ehrenamt in Ausbildung, Studium und Beruf ein.

FDP: Dass Kinder und Jugendliche sich – oft auch unterstützt von Ausbildungsbetrieben – ehrenamtlich für unser Land engagieren, ist ein großes Geschenk. Wir wollen im Dialog mit allen Beteiligten prüfen, wie wir noch bessere Grundlagen dafür schaffen können. Nicht immer sind dafür gesetzliche Regelungen notwendig. Zudem wollen wir ehrenamtliches Engagement stärker sichtbar machen, etwa durch standardisierte Nachweise als Beiblatt zum Zeugnis, um den Einsatz auch bei Bewerbungen anzuerkennen.

Freie Wähler: Eine Freistellung für das Ehrenamt ist auch bei Erwachsenen nicht die Regel, sondern die Ausnahme (z.B. freiwillige Feuerwehr). Dies zu ändern, erscheint uns (insbesondere in Ausbildungszeiten) nicht sinnvoll.

B90/GRÜNE: Ehrenamtliches Engagement unterstützen wir GRÜNEN ausdrücklich. Ehrenamt stärkt den sozialen Zusammenhalt und bildet. Aus diesem Grund haben wir mit dem Landesgesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit bereits für einen Anspruch auf bis zu zwölf Arbeitstage Freistellung für ehrenamtlich Leitende in der Jugendarbeit geschaffen, der auch Auszubildende umfasst. Dieses Gesetz war ein wichtiger Schritt. Und auch im Rahmen des neuen Landesbildungszeitgesetz stärken wir ehrenamtliches Engagement und sorgen für Freistellungen für Weiterbildungen im Ehrenamt für Arbeitnehmer:innen. Das heißt, auch uns ist die Stärkung des Ehrenamts ein wichtiges Anliegen. Die pauschale Ausweitung dieser Freistellungsregelungen auch auf Schüler:innen sehen wir dennoch kritisch, weil sie die Schulpflicht untergraben würde, weshalb wir die aktuelle Lösung, im Einzelfall vor Ort zu entscheiden, als sinnvoll erachten. Um die Vorteile des Ehrenamts aus nonformaler Lernort dennoch in den Schulalltag zu integrieren, wollen wir außerschulische Lernorte sehr viel stärker in den Unterricht integrieren und im Schulalltag Räume für deren Angebote schaffen. Und weil auch wir wissen, das Lernen manchmal eine Pause braucht, insbesondere in der Pubertät, wollen wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, nach neun Schuljahren einen Freiwilligendienst zu leisten – ob im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich – und im Anschluss wieder zur Schule zurückkehren zu können. So schaffen wir eine freiwillige Auszeit mit Sinn und helfen Jugendlichen, gestärkt und orientiert in die Schule zurückzukehren.

Die Linke: Die Ehrenamtsfreistellung ist ein wichtiges Element, um Anreize zu schaffen und Nachteile bei Ehrenämtern auszugleichen. Da die Ehrenamtsfreistellung im Landtag beschlossen

und geändert werden kann, würden wir die Anzahl der Arbeitstage erhöhen und die Beantragungsmöglichkeiten vereinfachen.

SPD: Wir als SPD unterstützen ehrenamtliches Engagement junger Menschen ausdrücklich. Mit dem neuen Bildungszeitgesetz haben wir bereits Freistellungen für Fort- und Weiterbildungen von ehrenamtlich Engagierten ermöglicht. Unser Ziel ist, Engagement nicht an fehlender Zeit scheitern zu lassen. Deshalb setzen wir uns für niedrighschwellige, praktikable Freistellungsregelungen auch für Auszubildende ein, im Dialog mit Betrieben und Kammern. Ehrenamt stärkt Demokratie und Zusammenhalt, das Ehrenamtsland Rheinland-Pfalz steht dafür.

Beteiligung Kinder- und Jugendhilfe: Mit welchen konkreten Instrumenten und Programmen möchte ihre Partei auf Landesebene die Beteiligung junger Menschen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe verbessern, und wie soll deren verbindliche Umsetzung sichergestellt werden?

AfD: Als AfD wollen wir vor allem die Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe verbessern, weil darin der größte Mehrwert für alle Beteiligten liegt. Dem akuten Kapazitätsmangel werden wir durch eine restriktive Migrationspolitik – denn viele Leistungsbezieher in der Kinder- und Jugendhilfe sind unbegleitete minderjährige Ausländer, die im Rahmen der Asylzuwanderung gekommen sind – und eine stärkende Familienpolitik begegnen. Dadurch wird das gesamte Hilffssystem spürbar entlastet.

CDU: Die Überarbeitung des Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AGKJHG), sichert die gesetzliche Verankerung des Landesjugendbeirats und des Landesjugendhilfebeirats sowie die Ausweitung von Anhörungsrechten verbindlich ab. Dies begrüßen wir.

FDP: Mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ins Landesrecht haben wir in dieser Legislaturperiode die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe erheblich gestärkt. Gremien wie der Landesjugendhilfeausschuss und die regionalen Ombudsstellen sind jetzt gesetzlich verankert und verbindlich geregelt. Wir werden insbesondere die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ausbauen.

Freie Wähler: Eine Beteiligung kann hier über eine verbindliche Anhörungspflicht geschaffen werden. Dabei eine verbindliche Umsetzung einzuführen ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, da bei den Entscheidungen oftmals Faktoren und Umstände eine wesentliche Rolle spielen, die außerhalb der Kenntnisse der Beteiligten Jugendlichen liegen. Es wäre zum Beispiel fatal, wenn eine Umsetzungsverbindlichkeit für Maßnahmen bestünde, die die finanziellen und logistischen Möglichkeiten einer Einrichtung schlich übersteigen.

B90/GRÜNE: Mit der Reform des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes haben wir den Landesjugendhilferat gesetzlich verankert und ihn damit als festen Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe fixiert. Junge Menschen bekommen damit dauerhaft ein Mitspracherecht in den Jugendhilfeausschüssen auf Landes- und kommunaler Ebene. Auch die regionalen Ombudsstellen haben wir gesetzlich fixiert. Die Kinder- und Jugendhilfe ist wichtig für den Kinder- und Jugendschutz, gleichzeitig ist sie aber auch geprägt von Machtasymmetrien. Ombudsstrukturen helfen, diese Ungleichheit ein Stück weit auszugleichen und sie stärken die Rechte von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Deshalb wollen wir nach Bedarf zusätzliche Ombudsstellen in strategisch günstiger Lage aufbauen. 3

Darüber hinaus verweise ich auf die Antwort zur Frage zu Präventions-, Kontroll- und Beschwerdestrukturen in stationären Einrichtungen.

Die Linke: Kinder und Jugendliche müssen in Beiräten in den Einrichtungen beteiligt und gehört werden. Dies fördert nicht nur die Akzeptanz, sondern schafft auch ein besseres Miteinander. Hierzu muss aus unserer Sicht die Schaffung von Betroffenenbeiräten erleichtert und die Einflussnahme ermöglicht werden. Zudem sind wir grundsätzlich für eine stimmberechtigte Besetzung des Landesjugendbeirates in Jugendhilfeausschüssen. Und schließlich wollen wir die Ausgestaltung und Entwicklung des Landesjugendhilferates weiter vertiefen und zwar hinsichtlich größerer Mitbestimmungsmöglichkeiten und einer besseren finanziellen Ausgestaltung.

SPD: Die Beteiligung junger Menschen ist für uns kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein Recht. In Rheinland-Pfalz haben wir die Mitwirkungsrechte systematisch gestärkt und verbindlicher ausgestaltet. Mit unabhängigen Ombudsstellen – landesweit und regional – schaffen wir niedrigschwellige, externe Beschwerdemöglichkeiten, die junge Menschen in stationären Einrichtungen beraten und unterstützen. Einrichtungen müssen verbindliche Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren nachweisen. Partizipation und Schutzkonzepte sind damit Bestandteil der Qualitätsanforderungen. Mit der Weiterentwicklung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe stärken wir die Beteiligungsrechte gesetzlich und sichern gleiche Chancen für alle jungen Menschen, mit und ohne Behinderung. Unser Anspruch ist klar: Beteiligung muss strukturell abgesichert, überprüfbar und im Alltag der Einrichtungen wirksam sein.

Bildung und Schule

Politische Bildung: Werden Sie verpflichtende Module zur politischen Bildung bereits ab der Grundschule in den Lehrplan integrieren, und wie soll deren Qualität und Wirksamkeit gewährleistet werden?

AfD: Nein. Sinn der Grundschule ist es, solide Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen, also eine Grundbildung, zu vermitteln. Leider gelingt das bei viel zu vielen Schülern nicht mehr. Aus den IQB-Bildungstrends geht hervor, dass sich die Leistungen der Viertklässler in Rheinland-Pfalz zwischen 2011 und 2021 massiv verschlechterten. Deshalb ist eine Konzentration auf das Wesentliche – also Lesen, Schreiben und Rechnen – unabdingbar. Zusätzliche verpflichtende Module zur politischen Bildung sind angesichts des voranschreitenden Niveauverlustes an unseren Schulen nicht zielführend.

CDU: Die CDU Rheinland-Pfalz misst der politischen Bildung einen hohen Stellenwert bei. Demokratieverständnis, Medienkompetenz und Werteorientierung sind Grundvoraussetzungen für ein demokratisches Miteinander. Politische Bildung darf nicht parteipolitisch geprägt sein, sondern soll Kinder und Jugendlichen befähigen, kritisch zu denken und Verantwortung zu übernehmen. Wir sichern die Qualität der politischen Bildung durch gezielte Fortbildung der Lehrkräfte, eine enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, wie der Landeszentrale für politische Bildung, sowie durch die regelmäßige Evaluation der Bildungspläne und Unterrichtsmaterialien hinsichtlich Aktualität, Pluralität und Wirksamkeit. Auch und gerade die Bildung in Bezug auf Erinnerungskultur, den Holocaust und die historische Rolle Deutschlands spielen dabei eine große Rolle.

FDP: Politische Bildung verstehen wir Freie Demokraten als fächerübergreifende Kompetenz. Demokratie muss früh erlebt werden. Deshalb unterstützen wir Projekte wie Juniorwahlen oder Programme gegen politischen Extremismus an allen Schulen. Anstatt starrer zusätzlicher Pflichtfächer setzen wir auf praxisnahe, altersgerechte Formate, die kritisches Denken, Medienkompetenz und Wertebewusstsein fördern. Qualität sichern wir durch Lehrkräftefortbildung und Kooperation mit externen Partnern.

Freie Wähler: Grundsätzlich ja, ob dies bereits ab der Grundschule sinnvoll ist, muss aber noch diskutiert werden. Im Moment sehen wir eine verstärkte Implementierung politischer Bildung mit Beginn der weiterführenden Schulen als notwendig und sinnvoll an. Dabei müssen Qualität und Wirksamkeit einem beständigen Monitoring unterzogen und gegebenenfalls angepasst werden.

B90/GRÜNE: Wir GRÜNE legen großen Wert auf politische Bildung, weshalb wir uns auch in der Vergangenheit immer für dieses Thema stark gemacht haben. Dementsprechend ist die politische Bildung, Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz bereits als Querschnittsaufgabe im Schulsystem fest verankert, unter anderem über das Schulgesetz, Lehrpläne, Demokratieprojekte und Gedenkstättenfahrten. Sowohl im Schulgesetz als auch im Kita-Gesetz sind die demokratische Beteiligung aller Kinder und Schüler:innen festgelegt und auch im Rahmen der Schulbaurichtlinie haben wir sichergestellt, dass Schüler:innen mitreden dürfen.

Auf diesen Erfolgen werden wir uns allerdings nicht ausruhen, sondern beherzt weitermachen. Wir GRÜNEN wollen Demokratiebildung und politische Bildung bereits ab der Kita und dann durchgängig in allen Schulstufen weiter ausbauen und als Querschnittsthema in allen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern noch stärker in den Lehrplänen verankern.

Wir werden dafür die bildungswissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften um verpflichtende Elemente zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung erweitern und Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte deutlich ausbauen.

Wir wollen außerschulische Träger der politischen Bildung, Gedenkstätten und die Landeszentrale für politische Bildung stärken und Kooperationen mit Schulen intensivieren, damit Kinder spätestens in der Schulzeit mindestens einmal Orte der Demokratie und des Erinnerns besuchen.

Die Linke: In der Grundschule sollte vor allem über Kinderrechte aufgeklärt werden, damit bereits frühzeitig ein Bewusstsein für dieses Thema bei den Heranwachsenden entwickelt wird. Ansonsten glauben wir, dass politische Bildung nicht nur „mitunterrichtet“ werden sollte, sondern auch einige Wochenstunden dafür eingeplant werden, damit demokratische Abläufe und Beteiligungsformen besser verstanden und erkannt werden. Hierzu braucht es echte demokratische Mitbestimmungsstrukturen in Klassen und Schulen, durch die aktiv gelernt und gelebt werden kann, wie Selbst- und Mitbestimmung funktionieren können. Betonen möchten wir, dass wir als wichtige Themen politischer Bildung auch soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Antidiskriminierung betrachten.

SPD: Politische Bildung und das Befassen mit Demokratie sind für uns ein elementarer Bestandteil des Bildungsauftrags. Das Demokratielernen beginnt dabei nicht erst in der Grundschule, sondern – spielerisch und niedrighschwellig – bereits in den Kitas, wo schon bei den Jüngsten geübt werden kann, wie man Ideen und Argumente austauscht und gemeinsam Entscheidungen trifft. Auch in den Grundschulen wollen wir politische Bildung weiterführen. Sie soll dabei aus unserer Sicht sowohl als Querschnittsthema wahrgenommen werden, bspw. bei Themen wie der Wahl des Klassensprechers, der Klassensprecherin, aber auch Teil des Sachunterrichts sein. Darüber hinaus wollen wir die Mitwirkungsrechte von Schülerinnen und Schülern weiter ausbauen und mehr Mittel für Maßnahmen der politischen Bildung zur Verfügung stellen. Unser Ziel ist es, einen Demokratiepakt für Kitas und Schulen zu schließen, der Medienbildung, Demokratiebildung und Partizipation stärkt. So machen wir Kinder und Jugendliche fit für ihre Zukunft.

Schulsozialarbeit/Psychologie: Wie werden Sie den Ausbau der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie finanzieren und personell sicherstellen, insbesondere in sozioökonomisch benachteiligten Regionen, um individuelle Unterstützungsbedarfe abzudecken?

AfD: Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren – auch mit Landesmitteln – enorm ausgeweitet. Trotzdem wurden die Probleme an den Schulen immer größer. Statt immer mehr Geld in die nachträgliche Bekämpfung von Symptomen sozialer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen zu investieren, sollten die Problemursachen stärker in den Blick genommen werden. Wichtiger als eine Aufstockung der Schulsozialarbeit ist deshalb eine Stärkung der Familien.

CDU: Schule ist für die CDU Rheinland-Pfalz mehr als ein Lernort – sie ist Lebensraum. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Diensten, insbesondere an Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Dies gelingt durch eine verlässliche Mischfinanzierung von Land und Kommunen, die gezielte Steuerung zusätzlicher Stellen in Brennpunktregionen, unbefristete und attraktive Arbeitsverhältnisse für Fachkräfte sowie die bessere Vernetzung mit Jugendhilfe, Beratungsstellen und Gesundheitsdiensten. Unser Ziel: Frühe und niedrighschwellige Unterstützung, bevor Probleme eskalieren.

FDP: Wir wollen multiprofessionelle Teams an allen Schulen etablieren – mit Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Schulgesundheitsfachkräften. Gerade in sozioökonomisch benachteiligten Regionen brauchen wir gezielte Unterstützung durch das Land. Deswegen wollen wir in solchen Schulen kleinere Klassen einführen. Für kleinere Schulen setzen wir auf Cluster-Lösungen, um Ressourcen effizient zu nutzen. Durch klare Priorisierung im Landeshaushalt schaffen wir eine nachhaltige Finanzierung.

Freie Wähler: Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sind schon jetzt wichtige Bestandteile des Schulsystems, und das nicht nur in sogenannten Brennpunktschulen. Beides muss deutlich ausgebaut werden. Die Finanzierung muss über das Land erfolgen. Wir sehen im Landeshaushalt erhebliche Einsparpotentiale durch Bürokratieabbau und die Streichung aus unserer Sicht unnötiger und ideologisch motivierter Ausgaben. Diese Mittel können dann u.a. hier eingesetzt werden.

B90/GRÜNE: Wir GRÜNEN wollen Schulsozialarbeit und Schulpsychologie flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen, insbesondere an Schulen in herausfordernder Lage und in sozioökonomisch benachteiligten Regionen, und diese Angebote als selbstverständlichen Teil guter Schule etablieren. Wir werden uns für ein Landesprogramm einsetzen, das zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und weitere Fachkräfte in multiprofessionellen Teams finanziert und die Schulträger entlastet.

Die Linke: Schulsozialarbeit ist aus unserer Sicht eine wichtige Säule, um gesellschaftliche Defizite auszugleichen und mehr „Miteinander“ in der Schule zu gewährleisten. Wir sehen es als wichtig an, dass in der Kinder- und Jugendarbeit auf multiprofessionelle Teams gesetzt wird. Hierfür müssen ausreichend Mittel vom Land bereitgestellt werden, da durch bessere Sozialarbeit und Integration auch hohe Folgekosten vermieden werden. Wir sehen zudem, dass es wichtig ist, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie als festen Bestandteil an Schulen besser zu verankern und sichtbar zu machen: Sie müssen zu einem Selbstverständnis im schulischen Alltag werden ohne Furcht vor Stigmatisierung. Wichtig ist uns zudem, dass eine Vernetzung zu Jugendtreffs und weiteren Einrichtungen entstehen kann, damit z.B. Sozialarbeiter*innen an vielen Stellen für Kinder und Jugendliche ansprechbar bleiben.

Ein wichtiges Thema ist für uns zudem, dass für Kinder und Jugendliche der Schulalltag selbst durch z.B. Leistungsdruck und soziale Selektion eine Gesundheitsgefährdung darstellen kann. Wir wollen eine „Schule für alle“ nach skandinavischem Vorbild, wir wollen weg vom mehrgliedrigen Schulsystem, keine verpflichtenden Hausaufgaben und einen Fokus auf Förderung und Entfaltung statt auf Leistungsdruck und Disziplin. Für uns ist das nicht nur ein Beitrag für bessere Bildung und soziale Gerechtigkeit, sondern auch für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

SPD: Wir wollen multiprofessionelle Teams deutlich stärken, dazu gehören selbstverständlich die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie. Für uns zentral ist die Berücksichtigung des Sozialraums, damit zielgerichtet dort Unterstützung ankommt, wo sie dringend gebraucht wird. Deshalb setzen wir uns auch für mehr Familiengrundschulzentren ein, bei denen Familien, Beratung, Förderung und Unterstützung aus einer Hand enthalten. Wir wollen die Schule noch stärker mit der Gesellschaft, dem Dorf oder der Stadt, in der sie steht, vernetzen und Synergieeffekte schaffen. Schulen werden so Teil eines breiten Netzwerks, Familien und vor allem deren Kinder werden ganzheitlich gesehen und unterstützt. Mehr Unterstützung kommt auch dadurch, dass wir das Ganztagsangebot qualitativ stärken wollen. Denn in der Ganztagschule

werden alle gefördert, sowohl mit Blick auf schulische wie außerschulische Angebote, und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen noch mehr Ganztagschulen.

Zudem begrüßen wir, dass die Schulpsychologie in den letzten Jahren bereits deutlich ausgebaut wurde. Genau daran wollen wir anknüpfen. Wir erkennen, dass sie ein wichtiges und vielfältiges inhaltliches Aufgabenspektrum bearbeitet und gleichzeitig sehen wir, dass sie den vielfältigen und zunehmend komplexen Unterstützungsbedarfen einzelner Schulen gerecht werden und in akuten schulischen Krisensituationen handlungsfähig sein muss.

Handykonzept an Schulen: Teilen Sie die Auffassung, dass es kein allgemeines Handyverbot geben soll, sondern ein individuelles Konzept unter Einbeziehung aller Akteur*innen benötigt wird, und wie werden Sie dies in der Schulpolitik verankern?

AfD: Wir sprechen uns für ein landesweites Handy-Verbot an Grundschulen aus. Dadurch sollen die Unterrichtsqualität und Konzentration der Schüler steigen. An weiterführenden Schulen sollen die Regeln für die Handynutzung unter Einbeziehung der Schüler festgelegt werden.

CDU: Die CDU Rheinland-Pfalz setzt auf eine landesweit einheitliche schulgesetzliche verbindliche Regelung zur Einschränkung der privaten Nutzung von Handys, Smartwatches und mobilen Geräten an Schulen. Sie stört Konzentration, Lernprozesse und soziales Miteinander, fördert Ablenkung und birgt Risiken wie Cybermobbing. Die private Nutzung wollen wir daher untersagen - mit klaren Ausnahmen für Unterricht, medizinische Gründen, Notfälle und altersentsprechende bzw. pädagogische Angebote. Wo Schulen Handys und andere digitale Geräte im Unterricht sinnvoll einsetzen, können sie selbst über deren Nutzung entscheiden. Unser Ziel: Schulen als geschützte Lernorte stärken, Lehrkräfte entlasten und Medienkompetenz gezielt fördern.

FDP: Wir lehnen ein pauschales und zentrales Handyverbot ab. Jede Schulgemeinschaft soll eigenverantwortlich ein passendes Medien- und Nutzungskonzept entwickeln. Das Land unterstützt mit Handreichungen, Best-Practice-Beispielen und medienpädagogischer Beratung. Digitale Kompetenz entsteht durch verantwortlichen Umgang, nicht durch Verbote.

Freie Wähler: Ob ein allgemeines Handyverbot an Schulen sinnvoll ist, ist umstritten. In anderen Ländern wird dies aktuell ausprobiert, man darf auf die Ergebnisse gespannt sein. Sinnvoller erscheint uns, an Schulen nur Handys mit sinnvoll eingeschränkten Funktions- und Verbindungsmöglichkeiten zuzulassen. Dies könnte dann auch landesweit verbindlich in der entsprechenden Gesetzgebung verankert werden. Grundvoraussetzung dafür ist allerdings die Verfügbarkeit solcher Handys am Markt.

B90/GRÜNE: Wir GRÜNEN teilen ausdrücklich die Auffassung, dass ein pauschales Handyverbot an Schulen kein zeitgemäßer Weg ist und dass es stattdessen schulische Medienkonzepte braucht, die gemeinsam von Schulleitung, Lehrkräften, Eltern und Schüler:innen erarbeitet werden. Wir setzen auf Medienbildung und digitale Kompetenzen als festen Bestandteil von Schule und lehnen „nur regulierende“ Ansätze ohne pädagogisches Konzept ab; Handyverbote sind nicht zielführend, stattdessen brauchen wir eine wirksame Medienbildung.

Wir werden deshalb Schulen bei der Entwicklung und Weiterentwicklung individueller Handy- und Medienkonzepte unterstützen, unter anderem durch Fortbildungen, Materialien, Medienscout-Programme und klare Rahmenvorgaben in der Schulgesetzgebung, die die Beteiligung der Schulgemeinschaft absichern.

Die Linke: Ja! Ein grundsätzliches Verbot an Schulen lehnen wir ab. Es muss vielmehr um eine angemessene Medienbildung und -nutzung gehen. Individuelle Regeln im Klassenverband, die gemeinsam von den Schüler*innen und ihren Lehrer*innen ausgearbeitet werden, sind sinnvoller als pauschale Verbote.

SPD: Als SPD Rheinland-Pfalz sind wir gegen pauschale Handy-Verbote an Schulen, bei denen Kinder und Jugendliche verschiedenen Alters über einen Kamm geschoren werden. Wir sind der Meinung, dass die Schulgemeinschaften jeweils Schulregeln erarbeiten sollten und dabei mit Empfehlungen zu unterstützt sind. Grundsätzlich halten wir für richtig: Je jünger Kinder sind, desto restriktiver sollte die Handy-Nutzung in Schulen geregelt sein. Für uns ist klar: Wir leben in einer vielschichtigen Mediengesellschaft, was bei Kindern und Jugendlichen zu einem hohen Bedarf an Förderung, medienpädagogischer Begleitung und Unterstützung beim Erlernen von Reflexionsfähigkeiten führt. Zudem müssen wir weiter auf pädagogische und didaktische Fortbildungen der Lehrerschaft setzen.

Wir begrüßen sehr, dass das Bildungsministerium vor einigen Monaten einen Orientierungsrahmen zur privaten Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen vorgelegt hat. Dieser hilft jenen Schulen, die noch keine Regelungen zur Nutzung digitaler Endgeräte im Schulalltag getroffen haben. Der Orientierungsrahmen stellt eine sehr gute Grundlage für die Erstellung oder Überarbeitung schuleigener Regelungen bzw. Nutzungsordnungen dar. Er war das Ergebnis zahlreicher Gespräche mit Schulleitungen, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie mit Expertinnen und Experten. Der Orientierungsrahmen folgt folgendem zentralen Grundprinzip: Alle Beteiligten in den Schulgemeinschaften sollten vor Ort auf Augenhöhe partizipativ ihr eigenes Regelwerk zur privaten Nutzung digitaler Endgeräte erstellen und gemeinsam beschließen. Denn dies stärkt die Akzeptanz der Regeln und wirkt demokratiestärkend.

Systemsprenger: Wie möchte ihre Partei junge Menschen mit besonders komplexen Unterstützungsbedarfen, so genannte „Systemsprenger“ fördern, für die die bestehenden Hilfesysteme bislang nicht ausreichend sind?

AfD: Für Jugendliche mit besonders herausfordernden Unterstützungsbedarfen benötigen wir hochspezialisierte und möglichst kleine Einrichtungen, die eine enge intensivpädagogische Betreuung und Begleitung ermöglichen. Die aktuelle Überforderung des Regelsystems führt oft zu einem ‚Verschieben‘ der Jugendlichen und ihrer Probleme zwischen unterschiedlichsten Akteuren. Da es sich häufig um unbegleitete minderjährige Ausländer handelt, kann eine restriktive Migrationspolitik, wie sie die AfD fordert, dabei helfen, die Jugendhilfe auf allen Ebenen zu entlasten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine stärkere Vernetzung von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie ein, um eine lückenlose Betreuung sicherzustellen. Ziel muss es sein, durch klare Strukturen und feste Bezugspersonen eine Reintegration zu ermöglichen, wobei der Schutz der Gemeinschaft und des pädagogischen Personals vor Gewalt ebenso konsequent berücksichtigt werden muss.

CDU: Kinder und Jugendliche mit besonders komplexen Problemlagen dürfen nicht zwischen den Zuständigkeiten verloren gehen. Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich deshalb für eine bessere Verzahnung von Schule, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Sozialdiensten ein. Wir wollen flexible, individuelle Förderangebote ermöglichen, interdisziplinäre bzw. multiprofessionelle Teams fördern und erfolgreiche Modellprojekte für intensive sozialpädagogische Betreuung ausbauen. Darüber hinaus sehen wir eine verstärkte Bekämpfung von Schulabsentismus als wichtig an. Ziel ist ein System, das sich an den unterschiedlichen Bedarfen der Kinder orientiert- nicht umgekehrt.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen auf eine vielfältige und flexible Hilfe- und Unterstützungslandschaft. Deswegen werden wir die Jugendämter in kommunaler Selbstverwaltung bei passgenauen Angeboten weiterhin finanziell unterstützen. Für eine stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, Gesundheitssystem und Justiz sollen digitale Schnittstellen eingeführt werden, die Lücken in der Förderung verhindern und eine ganzheitliche Unterstützung sichern.

Freie Wähler: Für solche Fälle eine verbindliche allgemeine Lösung zu finden, wird schwierig sein. Hier müssen aus unserer Sicht sorgfältige Prüfung und nachfolgende Einzelfallentscheidung vorgenommen werden.

B90/GRÜNE: Mit "Systemsprenger" sind unserer Auffassung nach junge Menschen mit komplexen Lebens- und Hilfeverläufen gemeint. Es geht um Kinder und Jugendliche, die zuerst ihre Eltern und dann alle bestehenden Hilfesysteme (Kita, Schule, Jugendhilfe, Psychiatrie) an ihre Grenzen und darüber hinaus bringen. Für diese jungen Menschen kann es kein vorgefertigtes Standardprogramm geben. Es braucht sehr individuelle, passgenaue und auf das jeweilige Kind zugeschnittene Einzelfallhilfen. Und genau diese wollen wir weiter stärken. In vielen Fällen brauchen diese Kinder und Jugendlichen intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung. Und die Mitarbeiter in den Jugendämtern brauchen spezialisierte Fortbildungen und die Möglichkeit, sich in einem multiprofessionellen Team über besonders komplexe Einzelfälle auszutauschen. Für diesen Zweck gibt es interdisziplinäres Fallkonsultationsteam, das beim Landesjugendamt angesiedelt ist.

Es gibt demnach schon viele Ansätze, sogenannte "Systemsprenger" auch über das reguläre Kinder- und Jugendhilfesystem hinaus zu betreuen, aufzufangen und zu begleiten. Klar ist aber auch: jeder Fall ist hier individuell. Deshalb wird auch in Zukunft zu beobachten sein, welche Ansätze sich als hilfreich erweisen.

Die Linke: Die derzeitige Kinder- und Jugendhilfe hat zu wenige Betreuungsangebote (wenn überhaupt) für sogenannte „Systemsprenger“. Aus unserer Sicht ist häufig eine 1:1-Betreuung die einzige Möglichkeit, diesen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen zu helfen. Weiterhin sehen wir es als geboten an, dass diese Kinder im Betreuungsschlüssel bei Vormündern mit einer Verringerung der Fallzahl aufgenommen werden, damit auch auf Behördenseite eine engmaschigere Betreuung möglich ist. Allgemein möchten wir eine kritische Anmerkung am Begriff „Systemsprenger“ anbringen ohne dabei die Problematik herunterzuspielen: Wir sehen, dass ökonomische Kriterien auf soziale und pädagogische Arbeit auf verschiedenen institutionellen Ebenen angewendet werden und die Bedingungen für alle Beteiligten massiv erschweren. Hier braucht es einen grundsätzlichen Wandel, damit Kindern und Jugendlichen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf selbstverständlich geholfen werden kann und so die Bezeichnung „Systemsprenger“ hinfällig wird.

SPD: Als SPD setzen wir darauf, schon früh anzusetzen und frühzeitig Kindern mit besonders komplexen Unterstützungsbedarfen zu helfen. Für uns ist elementar, dass Unterstützungsangebote in der Fläche ausreichend vorhanden sind. Wir setzen uns daher für eine gezielte Förderung von entsprechenden Schülerinnen und Schülern in den Schulen ein sowie für den Einsatz multiprofessioneller Teams: Teams aus Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Förderkräften sollen an den Schulen Kindern, Jugendlichen und Familien die Unterstützung geben, die sie brauchen.

Zudem ist wichtig, dass die unterschiedlichen Rechtskreise gut ineinandergreifen: Wir setzen uns daher für eine bessere Vernetzung von Jugendhilfe und Schulen ein. In diesem Sinne begrüßen

wir, dass das Landesjugendamt die örtliche Jugendhilfe, die Jugendämter und die Träger der freien Jugendhilfe bei ihrer Arbeit unterstützt und dies auch hinsichtlich etwaiger Kooperationen mit Schulen. Hierzu gehören die Beratung, die Entwicklung von Empfehlungen, die Planung und Förderung von Modellvorhaben sowie von Fortbildungen. Zudem berät der Landesjugendhilfeausschuss über die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, trifft Vereinbarungen mit Trägern und fördert Arbeitsgemeinschaften – damit können auch Strukturen für gemeinsame Entwicklungen mit Schulen entstehen.

Prävention: Wie will ihre Partei auf Landesebene Präventions-, Kontroll- und Beschwerdestrukturen in stationären Einrichtungen ausbauen, um institutionellen Machtmissbrauch, wie den Haasenburg-Skandal, künftig zu verhindern?

AfD: Schutz vor Missbrauch ist für die AfD Rheinland-Pfalz ein wichtiges Anliegen. Jede Einrichtung, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, benötigt interne Melde- und Beschwerdewege sowie Kontrollinstanzen. Diese müssen durch externe Strukturen, an die sich Betroffene wenden können, und externe unabhängige Kontrollinstanzen flankiert werden. Beschwerdestrukturen. Müssen für die Jugendlichen niederschwellig und anonym nutzbar sein sowie außerhalb der direkten Hierarchie der Einrichtung stehen. Jedes Missbrauchsopfer muss die Meldewege vorfinden, mit denen es sich am wohlsten fühlt.

Strukturen müssen so geändert werden, dass potentielle Täter keine Missbrauchsmöglichkeiten mehr haben. Je schwieriger es potentiellen Tätern gemacht wird, Opfer zu finden, und je besser Kontrollen und Meldewege sind, desto mehr sind Kinder und Jugendliche vor Missbrauch und Gewalt geschützt.

Transparenz ist ein wirksames Mittel gegen Missbrauch und Missstände. Daher sollten Qualitätsberichte der Einrichtungen öffentlich zugänglich gemacht werden, um eine unabhängige und fachliche Kontrolle zu gewährleisten.

CDU: Die Ereignisse haben gezeigt, wie wichtig verlässliche Schutzstrukturen sind. Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für verbindliche Schutzkonzepte in allen Einrichtungen, regelmäßige und auch unangekündigte Kontrollen durch unabhängige Stellen, externe Beschwerdemöglichkeiten für junge Menschen und klare Meldepflichten bei Verdachtsfällen ein. Kinderschutz hat dabei Vorrang vor Trägerinteressen. Transparenz, Kontrolle und qualifiziertes Personal sind die Grundlage eines Systems, das Vertrauen schafft und Missstände verhindert.

Für uns gilt: Jedes Kind hat das Recht auf Schutz und Geborgenheit. Deshalb machen wir Kinderschutz zur Chefsache und setzen auf Prävention, Aufklärung und klare Konsequenzen. Kinderschutz braucht klare Zuständigkeiten und eine Kultur des Hinschauens, nicht des Wegsehens. Wir schaffen eine landesweite Kinderschutzstrategie, die Einrichtungen, Jugendämter, Schulen und Polizei besser vernetzt. Prävention beginnt früh: Elternkurse, Schulsozialarbeit, spezialisierte Beratungsstellen und Aufklärungsprogramme an Schulen und Kommunen, um Missbrauch und Vernachlässigung zu verhindern. Die auf unsere Initiative an allen Schulen eingeführten verpflichtenden Kinderschutzkonzepte werden wir selbstverständlich weiterführen.

FDP: Wir Freie Demokraten stehen für einen konsequenten und wirksamen Kinderschutz. Deshalb setzen wir auf starke Präventions- und Beschwerdestrukturen in stationären Einrichtungen. Mit der gesetzlichen Verankerung regionaler Ombudsstellen wurde erstmals ein unabhängiger und niedrigschwelliger Beschwerdeweg geschaffen, den wir weiter stärken wollen. Ombudsstrukturen, regelmäßige Kontrollen und transparente Qualitätsstandards sind zentrale Bausteine, um Missstände frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Darüber hinaus haben wir Schutzkonzepte gegen Gewalt an Schulen eingeführt und wollen Sensibilisierung und Präventionsarbeit weiter ausbauen. Schule ist ein besonders wichtiger Ort, da hier ein großer Teil der Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen stattfindet und niedrigschwellige Vertrauenspersonen wie Vertrauenslehrkräfte gut erreichbar sind. Gleichzeitig stärken wir die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Strafverfolgungsbehörden und Justiz.

Freie Wähler: Die Kontrolle solcher besonders sensiblen Einrichtungen (nicht nur für Kinder und Jugendliche) muss aus unserer Sicht in kurzen Zeitabständen, unangekündigt und von nicht staatlich kontrollierten Stellen erfolgen.

B90/GRÜNE: Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) auf Bundesebene wurden die Rechte von jungen Menschen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt. Das betrifft insbesondere die Beratung und Aufklärung im Rahmen der Hilfeplanung, die Sicherung von Beschwerdemöglichkeiten bei Unterbringung außerhalb der eigenen Familie oder die Ermöglichung von externen Beschwerdemöglichkeiten in Einrichtungen als Voraussetzung für die Betriebserlaubnis. Neu im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ist die verbindliche Einführung von unabhängigen Ombudsstellen und die Selbstvertretungen und Selbsthilfe. Mit der Reform des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes am Ende dieser Legislaturperiode haben wir diese Punkte auch in Rheinland-Pfalz vollständig umgesetzt.

Gleichzeitig berichten Betroffene bundesweit, dass in Beschwerdefällen von Kindern, Jugendlichen und Angehörigen noch oft der Schutz der Institution (Heim, Wohngruppe etc.) über die Aussagen der Kinder und Jugendlichen gestellt wurde und wird. Deshalb wurde das Thema besserer Schutz für Kinder und Jugendliche in der stationären Kinder- und Jugendhilfe auch im Rahmen des Pakts gegen sexualisierte Gewalt noch einmal explizit behandelt.

In den Empfehlungen wurde die vollständige Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes auf Landesebene angemahnt, was inzwischen auch passiert ist. Zudem wurde die konsequente Umsetzung, Weiterentwicklung und das Leben von Schutzkonzepten, die Umsetzung des Rechts auf Aufarbeitung, die konsequente Umsetzung der Informationspflicht des Landesjugendamts sowie die Einrichtung anonymer Beschwerdewege, unangekündigte Besuche und Gespräche mit Kindern und Jugendlichen, Aus- und Fortbildung zur Sicherung von Qualitätsstandards und verpflichtende Kooperation zwischen stationärer Kinder- und Jugendhilfe und externen Ansprechpersonen z. B. Ombudsstellen, angeregt.

Die Empfehlungen aus dem Pakt gegen sexualisierte Gewalt wurden unter breiter Beteiligung von Expert:innen entwickelt. Für uns sind sie deshalb handlungsleitend und wir werden sie Schritt für Schritt umsetzen.

Die Linke: Neben der Einrichtung von Betroffenenbeiräten ist es für uns wichtig, dass die Kontrollmechanismen des Staates besser greifen. Hierzu müssen die Mittel für die Jugendämter erhöht werden, damit die Hilfeplangespräche auch regelmäßig vor Ort in den Einrichtungen stattfinden können und somit auch der Blick in die Einrichtungen gewährleistet ist. Grundsätzlich sollte aus unserer Sicht ein erster Teil des Hilfeplangesprächs ausschließlich mit den Kindern und Jugendlichen stattfinden und erst im Anschluss die betreuenden Personen mit hinzu gerufen werden. Auch müssen die Betriebserlaubnisse für solche Einrichtungen strenger kontrolliert sowie regelmäßig evaluiert werden unter Einbezug von Betroffenenbeiräten bzw. auch durch entsprechende Kommissionen wie im Fall von Haasenbürg.

SPD: Aus Sicht der SPD gilt es, die bestehenden Präventions-, Kontroll- und Beschwerdestrukturen weiter zu stärken. In diesem Sinne setzen wir weiter große Hoffnung in

den 2023 ins Leben gerufenen „Pakt gegen sexualisierte Gewalt“. Im Rahmen des Paktes wirkten eine Kommission, die Verbesserungsvorschläge für die Landesregierung entwickelt, sowie ein Betroffenenrat, der in der Kommission mitarbeitet und selbständig agieren kann, um Betroffene in Rheinland-Pfalz zu vertreten. Ausdrücklich begrüßen wir, dass Betroffenenrat und Kommission mittlerweile einen Abschlussbericht mit 40 Empfehlungen verabschiedet haben mit Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen. Es wird nun in den kommenden Jahren darum gehen, diese konkreten politischen Maßnahmen anzugehen und umzusetzen.

Zudem wollen wir die Arbeit der Beschwerdestelle in der Kinder- und Jugendhilfe bei der Ombudsperson der Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz weiter stärken: Diese leistet als unabhängige, kostenlose Beratungs- und Beschwerdestelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in Rheinland-Pfalz einen immens wichtigen Beitrag. Dort haben Kinder, Jugendliche und ihre Eltern die Möglichkeit, sich niedrigschwellig an eine unabhängige Institution zu wenden, die einen Klärungs- und Vermittlungsprozess gestaltet. Dies ist auch eine wertvolle Konsequenz aus der Aufarbeitung der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrtausends.

In diesem Sinne haben wir in unserem Wahlprogramm klar formuliert: „Unseren Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Kindern führen wir entschlossen fort: Die Handlungsempfehlungen des Pakts gegen sexualisierte Gewalt setzen wir im engen Austausch mit dem Betroffenenrat und der Landesbeauftragten bzw. dem Landesbeauftragten systematisch um. Das Landeskinderschutzgesetz werden wir novellieren, um den Schutz von Kindern vor Gewalt dauerhaft zu stärken.“

Gesundheit und Wohlbefinden

Niedrigschwellige Beratungsangebote: Wie werden Sie den Ausbau von niedrigschwelligen Beratungsstellen für Jugendliche im Bereich der psychischen und physischen Gesundheit (auch im ländlichen Raum) sicherstellen, um frühe Unterstützung zu gewährleisten?

AfD: Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich für mehr Studienplätze für angehende Mediziner und Psychologen aus. Konkret wollen wir die Anzahl der Medizinstudienplätze von derzeit 500 auf 1.000 verdoppeln. Dies erreichen wir, in dem der angedachte Neubau der Unimedizin Mainz bereits mit entsprechender Kapazität geplant wird und durch zwei zusätzliche Medizincampus in Koblenz und Trier.

Mehr Mediziner und Psychologen sind die wichtigste Voraussetzung, um die Versorgung zu sichern. Durch Stipendien für diejenigen, die sich bereits im Studium bereiterklären, sich als Arzt oder Psychologe im ländlichen Raum niederzulassen, sowie Förderung der Praxisausstattung wird der Medizinerberuf auch auf dem Land wieder attraktiv.

Zudem wollen wir die Nachfrage nach medizinischer Leistung, insbesondere nach Psychologen und Traumatherapeuten, senken, indem wir die Asylzuwanderung nach Deutschland stark begrenzen und vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer konsequent abschieben. Dadurch werden Plätze und Termine für deutsche Bürger frei.

CDU: Die CDU Rheinland-Pfalz setzt auf frühe Unterstützung statt später Intervention. Wir wollen die Resilienz verbessern sowie niedrigschwellige, wohnortnahe Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche ausbauen und bestehende Strukturen besser vernetzen – insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehören schulnahe Beratungsangebote, Jugendberatungsstellen sowie digitale und aufsuchende Hilfen. Ziel ist ein schneller, anonym und unbürokratischer Zugang zu Unterstützung ohne lange Wartezeiten.

FDP: Wir wollen Beratungsstrukturen im Bereich psychischer und physischer Gesundheit ausbauen – insbesondere im ländlichen Raum. Digitale Beratungsformate, bessere Vernetzung bestehender Angebote und Stärkung multiprofessioneller Teams sichern frühe Unterstützung. Prävention ist dabei genauso wichtig wie Therapie. Das im vergangenen Jahr gestartete Landesprogramm „Gesunde Schule“ ist dabei ein wichtiger Baustein.

Freie Wähler: Solche Beratungsangebote sind flächendeckend nur dann zu gewährleisten, wenn sie telefonisch genutzt werden können. Sie wären an den Jugendämtern anzusiedeln und sollten als Hotline oder zumindest mit Terminvereinbarung für einen telefonischen Kontakt eingerichtet sein.

B90/GRÜNE: Eine Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene ist dringend notwendig, um mehr Kassensitze für Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen zu schaffen. Insbesondere die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und junge Erwachsene muss verbessert werden. Wir wollen niedrigschwellige und unbürokratische Angebote für junge Menschen in Krisen fördern.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Einführung einer Landkinderarztquote unterstützt, damit Kinder- und Jugendliche im ländlichen Raum besser medizinisch versorgt werden können. Zur niedrigschwelligen ambulanten Versorgung aller wollen wir „Community Health Nurses“ einführen.

Die Linke: Zunächst wollen wir feststellen, dass es grundsätzlich zu wenige Beratungsstellen und Therapeut*innen für Kinder und Jugendliche gibt. Gerade bei psychischen Erkrankungen fehlen in Rheinland-Pfalz rund 200 Kassensitze. Wir müssen also mehr Beratungsangebote und Therapieplätze schaffen – deshalb wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass die Therapeut*innenausbildung endlich reformiert wird und ausgebildete Fachkräfte schneller zur Verfügung stehen. Zudem wollen wir einen flächendeckenden, gesetzlich verankerten Krisendienst nach dem Vorbild Bayerns: Menschen in seelischen Notlagen müssen rund um die Uhr schnelle, niedrigschwellige und qualifizierte Unterstützung erhalten – unabhängig von Wohnort und Einkommen. Ein gesetzlich geregelter Krisendienst, der rund um die Uhr telefonisch und per Chat erreichbar ist.

Schließlich ist uns wichtig, dass Schulpsychologie und Schulsozialarbeit Vernetzungsmöglichkeiten haben, um betroffene Kinder und Jugendliche an passende Stellen weiter zu vermitteln.

SPD: Als SPD Rheinland-Pfalz verfolgen wir das Ziel, Unterstützungsangebote für Jugendliche im Bereich der psychischen und physischen Gesundheit frühzeitig, wohnortnah und ohne Zugangshürden bereitzustellen. Dazu bauen wir niedrigschwellige Hilfsangebote gezielt im Sozialraum aus, so dass Beratung und Unterstützung direkt im Lebensumfeld junger Menschen – auch im ländlichen Raum – erreichbar sind. Ein zentraler Ansatz ist die engere Vernetzung von Schule, Jugendhilfe und Gesundheitssystem, um Problemlagen schneller zu erkennen und Jugendliche frühzeitig in passende Unterstützungsstrukturen zu vermitteln. Die schulpsychologische Beratung wollen wir dabei deutlich stärken und als leicht zugänglichen Erstkontakt ausbauen. Ergänzend setzen wir in Rheinland-Pfalz auf multiprofessionelle Teams an Schulen, bestehend aus Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und weiteren Fachkräften, um psychosoziale Belastungen früh wahrzunehmen und unbürokratisch Hilfen einzuleiten. Digitale Angebote sollen diese Strukturen sinnvoll ergänzen und insbesondere jungen Menschen zusätzliche anonyme und niedrigschwellige Zugänge eröffnen. In diesem Zusammenhang wird das digitale Lotsenangebot „psychNAVi“ gezielt weiterentwickelt, um den Weg in passende Unterstützungsangebote zu erleichtern. Insgesamt steht so ein vernetztes System aus schulnahen, sozialräumlichen und digitalen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen bereit, das frühe Hilfe sicherstellen soll.

Mentale Gesundheit und Prävention: Welche konkreten Präventionsprogramme zur Förderung der mentalen Gesundheit und Resilienz sowie zur Bewegungsförderung bei Kindern- und Jugendlichen werden Sie landesweit implementieren?

AfD: Die AfD Rheinland-Pfalz hält Schulsport für einen wichtigen Baustein der Bildung und des schulischen Alltags. Bewegung trägt nachweislich dazu bei, Konzentration und Leistungsfähigkeit zu stärken. Darüber hinaus stärkt Schulsport das Gemeinschaftsgefühl der Schülerschaft untereinander.

CDU: Die CDU Rheinland-Pfalz will Prävention systematisch stärken. Wir setzen auf früh ansetzende Programme in Kitas, Schulen, Vereinen und der Jugendarbeit, die Resilienz, soziale Kompetenzen und psychische Gesundheit fördern. Prävention muss alltagsnah, flächendeckend und nachhaltig sein – damit Kinder und Jugendliche gesund aufwachsen und belastbar in die Zukunft gehen. Dazu nimmt bspw. das Leibniz Institut für Resilienzforschung in Mainz eine Vorreiterrolle ein. Dies wollen wir weiter unterstützen und die Kompetenz in diesen Bereichen fördern. Bewegung und Sport sehen wir als zentrale Bausteine an, die wir u.a. durch einen Abbau des Investitionsstaus bei Sportstätten sowie eine Ehrenamts-Offensive stärken wollen.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gezielt stärken und Prävention flächendeckend ausbauen. Dazu fördern wir schulische Präventionsprogramme zu Resilienz, Stressbewältigung und sozialen Kompetenzen sowie Bewegungsangebote in Schulen und Vereinen. Ein zentraler Baustein ist der Ausbau multiprofessioneller Teams an Schulen mit Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Schulgesundheitsfachkräften, um frühzeitig Unterstützung zu leisten und Belastungen abzufangen. Gleichzeitig wollen wir Schulalltag flexibler gestalten, um besser auf die Bedürfnisse junger Menschen einzugehen.

Mit einer Mental-Health-Offensive wollen wir psychische Gesundheit stärker in den Fokus rücken, Hilfsangebote ausbauen und den Zugang zur Therapie verbessern. Dazu gehören der Ausbau von Weiterbildungskapazitäten für Psychotherapie sowie der Abbau künstlicher Begrenzungen, um Wartezeiten zu verkürzen. Ergänzend fördern wir digitale Beratungsangebote wie Apps und Online-Plattformen, die niedrigschwellige Unterstützung bieten. Unser Ziel ist ein umfassendes Präventions- und Unterstützungsnetz, das mentale Gesundheit stärkt und frühzeitig Hilfe ermöglicht.

Freie Wähler: Hier muss zunächst ein tragfähiges Konzept mit entsprechenden Psychologen und Ärzten erarbeitet werden. Nur so entsteht ein fachlich fundiertes und tragfähiges Präventionsprogramm.

B90/GRÜNE: Spätestens nach der Corona-Pandemie ist die mentale Gesundheit von Jugendlichen immer wichtiger geworden. Wir haben bereits verschiedene Präventionsprogramme zur psychischen Gesundheit im Umfeld der Schule wie "MindMatters – mit psychischer Gesundheit gute Schulen entwickeln", "verrückt? Na und!", "BEWARE" und viele andere. Dies wollen wir deutlich ausbauen. Damit in Rheinland-Pfalz alle Studierenden gesund lernen können, unterstützen wir die Hochschulen dabei, das Thema mentale Gesundheit fest in die Studieneingangsphase zu integrieren. Wir befürworten alle Maßnahmen, die Druck aus dem Studienalltag nehmen, wie beispielsweise die Erhöhung von Regelstudienzeiten.

Der Entwicklung von Übergewicht soll durch verstärkte Gesundheitsaufklärung und frühzeitige Erziehung zu gesunder Lebensweise bereits ab dem Kindergartenalter vorgebeugt werden.

Die Linke: Es gibt in Rheinland-Pfalz bereits eine Vielzahl von Förderprogrammen – jedoch ist die Förderlandschaft wie so oft unübersichtlich. Wir wollen Programme bündeln und Kinder und Jugendliche vor allem in den Schulen erreichen und dort bereits früh über mentale Gesundheit und Resilienz sprechen. Psychische Probleme oder herausfordernde Lebenslagen dürfen nicht weiter zur Stigmatisierung führen. Darüber hinaus sehen wir es als wichtig an, die Vereinsarbeit zu stärken, damit Kinder und Jugendliche besser in soziale Kontexte eingebettet werden und Selbstwirksamkeit erleben.

SPD: Im Bereich der Prävention setzen wir als SPD auf einen ganzheitlichen Ansatz zur Förderung der mentalen Gesundheit, Resilienz und körperlichen Aktivität von Kindern und Jugendlichen. Die psychische Gesundheit junger Menschen verstehen wir als zentrale Aufgabe und stärken sie im Rahmen des Aktionsplans Seelische Gesundheit weiter. Dieser verbindet Prävention, Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und einen verbesserten Zugang zu Unterstützungsangeboten. Ergänzt wird dies durch psychosoziale Präventionsprojekte, die Belastungen frühzeitig auffangen sollen, sowie durch gezielte Programme zur Stärkung von Resilienz bei Kindern und Jugendlichen. Den Ausbau schulpsychologischer Angebote verstehen wir dabei nicht nur als Reaktion auf akute Krisen, sondern ausdrücklich auch als präventive Struktur. Gesundheitsförderung wollen wir zudem von Anfang an in Kitas und Schulen verankern,

wobei wir die seelische Gesundheit als gleichwertigen Bestandteil neben körperlicher Gesundheit betrachten.

Parallel dazu spielt Bewegungsförderung eine zentrale Rolle in der Präventionsstrategie des Landes. Mit der Initiative „Land in Bewegung“ werden niedrigschwellige Bewegungsangebote im Alltag gefördert, die generationenübergreifend wirken und auch Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Bewegung hat zudem einen festen Platz im schulischen Kontext und insbesondere im Ganzttag, wo Sport- und Bewegungsangebote als Bestandteil ganzheitlicher Bildung gestärkt werden. Darüber hinaus verankern wir Bewegungsförderung weiter in Lebenswelten wie Schulen, Vereinen und Kommunen, um gesunde Entwicklung, körperliche Fitness und psychisches Wohlbefinden gleichermaßen zu unterstützen. Wir machen Rheinland-Pfalz zum Bewegungsland Nummer 1. Insgesamt verfolgen wir damit eine landesweite, lebensweltorientierte Präventionsstrategie, die mentale Stärke und körperliche Aktivität als zentrale Bausteine für ein gesundes Aufwachsen versteht.

Mobilität und Infrastruktur

Kostenfreies ÖPNV-Ticket: Werden Sie ein landesweites, kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden und Freiwilligendienstleistenden einführen und wie soll dies finanziert werden?

AfD: Ja. Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich für eine Schülerbeförderung unabhängig von der Klassenstufe und der Schulart aus. Entsprechend wollen wir die Fahrtkostenerstattung bzw. ein Schülerticket für alle Schüler der Oberstufe und der berufsbildenden Schulen, die mit dem ÖPNV fahren müssen.

Die Gegenfinanzierung kann durch Einsparungen im Rahmen der von der AfD angestrebten Migrationswende und Abschiebeoffensive erfolgen. Allein im ersten Jahr sind dadurch Einsparungen im Landeshaushalt in Höhe von rund 100 Mio. Euro zu erwarten.

CDU: Ja. Alle Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden erhalten ein vom Land finanziertes Deutschlandticket, unabhängig vom Wohnort in Rheinland-Pfalz. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass nur diejenigen Schülerinnen und Schüler ein Deutschlandticket bekommen, die nicht zu nah an der Schule wohnen. Dies ist auch in unserem Wahlprogramm verankert.

FDP: Nein. Mit der Einführung des Deutschlandtickets besteht ein bundesweit einheitliches, günstiges und digitales Tarifangebot für den ÖPNV. Das unterstützen wir bereits über den Landeshaushalt und wollen dies auch fortsetzen.

Freie Wähler: Hier stellt sich tatsächlich die Frage der Finanzierbarkeit eines solchen landesweiten ÖPNV-Tickets. Dies muss in Gesprächen mit den betroffenen Verkehrsanbietern geprüft werden. Einfacher dürfte es sein, ein solches Ticket für die Fahrten zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte (Schule, Ausbildungsbetrieb und Berufsschule, Hochschule) bzw. zum jeweiligen Einsatzort des Freiwilligendienstes einzuführen.

B90/GRÜNE: Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Gerade junge Menschen müssen einfach und bezahlbar unterwegs sein können zur Schule, Ausbildung, Hochschule oder in ihrer Freizeit. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für die Fortsetzung des Deutschlandtickets ein und wollen es so gestalten, dass junge Menschen es kostenfrei nutzen können. Insbesondere Schüler:innen, Freiwilligendienstleistende, Studierende und Auszubildende sollen das Deutschlandticket kostenfrei erhalten. Auch dafür werden wir die Finanzierung des Nahverkehrs in Rheinland-Pfalz deutlich stärken.

Die Linke: Wir fordern schon lange einen kostenfreien ÖPNV für alle Bürger*innen. Selbstverständlich können wir gerne mit einem kostenfreien ÖPNV für alle Kinder und Jugendlichen, sowie Menschen in Ausbildung, Studium oder Freiwilligendienste anfangen. Wir wollen ein 20 Milliarden Euro Zukunftsinvestitionsprogramm aufsetzen, um über einen Zeitraum von fünf Jahren neben den Ausbau einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft, ökologischen Modernisierung der Industrie und Umwandlung klimaschädlicher Branchen vor allem auch den Ausbau des ÖPNV voranzutreiben.

SPD: Wir wollen, dass alle Menschen verlässlich, bezahlbar, barrierefrei und umweltfreundlich unterwegs sein können. Gleichzeitig ist der Betrieb vom öffentlichen Nahverkehr sehr teuer:

selbst ein voller Bus macht häufig noch keinen Gewinn, sondern wird überwiegend aus öffentlichen Geldern subventioniert. Das Land Rheinland-Pfalz gibt jährlich große Summen aus dem Landeshaushalt für den ÖPNV aus. Für den regionalen Busverkehr wurden z. B. 88,7 Mio. € in 2025 und 116,4 Mio. € in 2026 eingeplant. Historisch betrachtet, hat die SPD-geführte Landesregierung den größten ÖPNV-Haushalt geschaffen, den es in unserem Bundesland jemals gab. Selbst mit diesen beträchtlichen Summen erscheint ein kostenfreies ÖPNV-Ticket kaum finanzierbar.

Mit dem Landesnahverkehrsplan sowie dem ÖPNV-Index haben wir bereits wirksame Maßnahmen zur Verstärkung des öffentlichen Verkehrs geschaffen. Weil Rheinland-Pfalz ein Flächenland ist, sind diese Maßnahmen sehr gut und wichtig. Ohne sie könnten viele Linien insbesondere im ländlichen Raum nicht betrieben werden.

Das Deutschlandticket ist aus unserer Sicht ein historischer Fortschritt für bezahlbare und einfache Mobilität. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende profitieren enorm von der Möglichkeit, deutschlandweit günstig reisen zu können. Damit es sein volles Potenzial entfalten kann, braucht es jedoch klare, verlässliche und gesetzlich abgesicherte Finanzierungsstrukturen. Genau dafür setzen wir uns ein, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.

ÖPNV-Taktung Land: Welche spezifischen Maßnahmen planen Sie, um die Taktung des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere im ländlichen Raum, deutlich zu optimieren und damit gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern?

AfD: Die ÖPNV-Taktung in ländlichen Gebieten ist noch immer meistens unzureichend. Um eine Angleichung der Lebensverhältnisse an städtische Gebiete zu erreichen, setzt sich die AfD Rheinland-Pfalz dafür ein, dass ein verbesserter Mindeststandard für die Taktung des Bus- und Bahnverkehrs eingeführt wird. Hierzu hat die AfD-Landtagsfraktion bereits bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2025/2026 eine Erhöhung der Landesmittel für ÖPNV-Leistungen beantragt. Dieser Antrag war vollständig gegenfinanziert. Außerdem unterstützen wir die Reaktivierung von Bahnlinien, wo dies wirtschaftlich vertretbar ist.

CDU: Mobilität ist Daseinsvorsorge. Wer auf dem Land lebt, darf nicht abgehängt werden. Das heißt auch, dass Bus und Bahn verlässlich funktionieren müssen. Deshalb werden wir den öffentlichen Nahverkehr besser finanzieren und landesweit koordinieren. Der ÖPNV muss sich aber auch an den Gegebenheiten und tatsächlichen Bedarfen orientieren. Wir setzen deshalb auf Datenplattformen, mit denen wir passgenaue Angebote entwickeln und einen intelligenten Mix aus verschiedenen Verkehrsmitteln, wie Bus, Bahn, Bürgerbus und Mobility-On-Demand sowie die Entwicklung von Mobilitätspunkten für einen einfachen und sicheren Umstieg.

FDP: Der Landesnahverkehrsplan wird Standards für den ÖPNV in Rheinland-Pfalz setzen. Uns Freien Demokraten kommt es vor allem darauf an, passgenaue Angebote – insbesondere für die Menschen im ländlichen Raum – zu machen. Dabei geht es uns nicht vornehmlich um eine möglichst hohe Taktung, sondern um digitale, intelligente Lösungen, durch die ein bestmögliches individuelles Mobilitätsangebot entsteht. Dabei geht es auch um die Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel.

Freie Wähler: Es ist schlicht eine Illusion zu glauben, man könne städtische Regionen und ländliche Regionen in Bezug auf öffentlichen Nahverkehr gleichsetzen. Während man in städtischen Regionen aufgrund der räumlichen Verdichtung von Wegen und Nutzern ein tragfähiges Angebot zustande bringen kann, ist dies im ländlichen Raum aufgrund der deutlich

längeren Wegstrecken und der deutlich geringeren Anzahl an Nutzern je Wegstrecke schon deutlich schwieriger. Hinzu kommt, dass in ländlichen Räumen viele Faktoren (z.B. berufliche) die Nutzung eines privaten Fahrzeugs zwingend notwendig machen, was dazu führt, dass dieses auch anderweitig genutzt wird, weil es bequemer, schneller und unabhängiger ist als der ÖPNV. Das Angebot eines ÖPNV ist nur dort tragfähig und finanzierbar, wo er auch tatsächlich ausreichend genutzt wird. Es macht keinen Sinn, Busse täglich leer durch die Gegend fahren zu lassen, nur um eine ÖPNV-Verbindung vorweisen zu können. Das ist schlicht das Prinzip von Angebot und Nachfrage: Wo keine Nachfrage da ist, wird sich das Angebot auch verabschieden. Aufgabe der Politik ist es immer wieder zu überprüfen, wo eine entsprechende Nachfrage ein Angebot rechtfertigt und wo nicht.

B90/GRÜNE: Viele junge Menschen auf dem Land kennen das Problem. Der Bus kommt nur selten, abends fährt teilweise gar nichts mehr und ohne Führerschein oder eigenes Auto fühlt man sich schnell abgehängt. Das schränkt nicht nur den Alltag vieler junger Menschen ein, sondern auch deren Chance auf Teilhabe. Wir wollen das ändern und setzen uns dafür ein, dass Busse und Bahnen häufiger, verlässlicher und auch in den Randzeiten regelmäßig fahren. Mobilität darf nicht vom Wohnort abhängen. Mit flexiblen ÖPNV-Konzepten wollen wir genau dort ansetzen und Busse und Bahnen noch stärker dorthin lenken, wo Menschen vom Auto auf den ÖPNV umsteigen. Gerade auf dem Land können Rufbusse und On-Demand-Angebote helfen, sogenannte "weiße Flecken" zu schließen und den Takt zu verbessern, wenn für Linienverkehre keine ausreichende Nachfrage besteht. Wir treiben die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken voran und setzen bei Bahnstrecken auf eine Kapazitätserweiterung, um so mehr Bahnen in engerem Takt fahren zu lassen. Zudem wollen wir 100 Mobilitätsstationen im Land schaffen, die ein einfaches Umsteigen von Bus, Bahn, Fahrrad und Car-Sharing ermöglichen.

Die Linke: Der ÖPNV auf dem Land ist häufig nicht vorhanden oder fährt nur regelmäßig zu Schulzeiten. Wir wollen, dass der ÖPNV eine echte Alternative zum Auto wird. Dafür müssen Strecken reaktiviert und die Taktung auch in ländlichen Regionen erhöht werden. Gerade „der letzte Kilometer“ ist auf dem Land häufig das Problem – also der Weg von der letzten Haltestelle bis zum Wohnort. Hier können wir uns E-Bike-Sharing ebenso als Möglichkeit vorstellen, wie Ruftaxis.

Grundsätzlich wollen wir es schaffen, dass alle Regionen innerhalb von 60 Minuten ein Oberzentrum (zentrale Stadt) erreichen können. Dazu gehören Rufbusse, Mitfahrangebote, Carsharing und Radverbindungen. Und für Regionen, die noch nicht an das Schienennetz angebunden sind, wollen wir ein Fernbusssystem eingerichtet.

SPD: Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eines unserer prioritären Ziele, insbesondere weil Rheinland-Pfalz ein Flächenland ist. Aus diesem Grund wollen wir das ÖPNV-Angebot weiter ausbauen und neue Direktverbindungen fördern. Wir haben bereits jetzt in die Verbesserung der Barrierefreiheit investiert und wollen dies auch in Zukunft tun. Ebenso wollen wir den Rheinland-Pfalz-Takt stärken und regionale Netze ausbauen. Um eine stärkere Verzahnung der einzelnen Mobilitätsangebote zu schaffen, wollen wir ein ganzheitliches Mobilitätskonzept entwickeln und diesen durch Förderung digitaler Angebote, wie z.B. multimodaler Apps mit Echtzeit-Informationen, flankieren.

Nachtbuslinien: Unterstützen Sie die Einführung von Nachtbuslinien in allen Landkreisen, um die Mobilität und Sicherheit junger Menschen auch außerhalb der regulären Betriebszeiten zu gewährleisten?

AfD: Ja. Junge Menschen haben ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Mobilität. Daher spricht sich die AfD Rheinland-Pfalz dafür aus, nächtliche Rufbusse und Sammeltaxis durch das Land zu fördern. Wir sind uns sicher: Ein rund um die Uhr attraktiver ÖPNV wird von den Bürgern angenommen und ist im ländlichen Raum wirtschaftlicher als eine schlechte Taktung.

CDU: Wir möchten dem tatsächlichen Bedarf und der Nachfrage Rechnung tragen. So kann für einen Landkreis beispielsweise ein Nachtbus, für den anderen das Sammeltaxi, der Rufbus mit flexibler Route oder ein Shuttle-System die sinnvollste Lösung sein. Hier wollen wir die Flexibilität erhalten, jeder Lage vor Ort gerecht zu werden, statt pauschal überall einen Linienbus einzusetzen, der dem tatsächlichen Nutzerverhalten nicht gerecht wird.

FDP: Selbstverständlich ist ein breites ÖPNV-Angebot wünschenswert. Für die konkrete Ausgestaltung vor Ort sind die rheinland-pfälzischen Kommunen zuständig.

Freie Wähler: Grundsätzlich ja, z.B. zu speziellen Veranstaltungen wie Konzerten, Kirmesveranstaltungen oder ähnlichen Festen und Anlässen. Aber auch hier gilt das zu dem vorhergehenden Punkt Ausgeführte.

B90/GRÜNE: Egal ob nach Konzerten, Kinobesuchen oder Partys: Junge Menschen sollen auch nachts sicher unterwegs sein. Deshalb unterstützen wir den Ausbau von Nachtbuslinien im Land. Gerade am Wochenende und in Randzeiten brauchen wir regelmäßige und verlässliche Verbindungen, auch bis in die ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz. Niemand soll auf unsichere Heimwege oder das Auto angewiesen sein. Schon heute fahren so viele durch das Land finanzierte Regiobusse wie noch nie zuvor in Rheinland-Pfalz – dies wollen wir weiterhin ausbauen. On-Demand-Angebote, die auf Bestellung zur Verfügung stehen, können dabei eine wichtige Ergänzung sein. Mobilität bedeutet für uns GRÜNE Wahlfreiheit. Diese Freiheit wollen wir jungen Menschen überall in Rheinland-Pfalz ermöglichen.

Die Linke: Nachtbuslinien wären aus unserer Sicht das beste Angebot, damit junge Menschen auch außerhalb der regulären Betriebszeiten sicher unterwegs sein können. Wo das nicht realisierbar ist, sehen wir kostenfreie Ruftaxis oder den Einsatz von Kleinbussen als Möglichkeit an, die Mobilität auf dem Land zu stärken.

SPD: Sichere Nachtmobilität für alle Menschen ist für uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb unterstützen wir den Ausbau der Linien, die auch außerhalb der regulären Betriebszeit aktiv sind. Daneben setzen wir uns für ein breiteres Angebot der On-Demand-Mobilität, die aufgrund der Kosten in manchen Kreisen wesentlich leichter zu realisieren wäre.

Kinder- und Jugendrechte

Verankerung der Rechte: Werden Sie sich dafür einsetzen, explizite Kinder- und Jugendrechte in der Landesverfassung zu verankern, um deren Schutz und Förderung rechtlich zu stärken?

AfD: Die AfD Rheinland-Pfalz bekennt sich zum Schutz von Familie, Eltern und Kindern. Wir würden gerne das Staatsziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft im Grundgesetz verankern. Dadurch sollen Familien mit Kindern gezielt gestärkt werden.

Ist das Staatsziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft im Grundgesetz verankert gilt: Maßstab des politischen Handelns muss es sein, die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik daran auszurichten. Konkret würden dadurch zum Beispiel Kinder aus kinderreichen Familien aus finanzieller Armut geholt sowie ihre soziale Teilhabe gesichert werden. Die Qualität der Bildung würde erhöht werden durch besser ausgestattete Schulen – zum Beispiel am Vorbild des Balthasar-Neumann-Technikums in Trier, dessen technische Ausstattung vor allem von Unternehmen gespendet wurde. Das Balthasar-Neumann-Technikum gibt seinen Schülern neben der Allgemeinbildung technisches Wissen und Verständnis mit, so dass sie bevorzugt gefragte Auszubildende für handwerkliche und technische Berufe sowie interessierte Studenten für Ingenieurwissenschaften sein werden.

CDU: Die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz enthält mit Artikel 24 eine Grundlage zum Schutz von Kindern und zur Förderung der Kinderrechte. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir keinen Handlungsbedarf, die Landesverfassung diesbezüglich zu ändern. Bestehendes Recht muss selbstverständlich konsequent angewandt werden – dafür wollen wir uns insbesondere auch mit Blick auf Kinder- und Jugendrechte einsetzen.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, eine Modernisierung der Verfassung für Rheinland-Pfalz zu prüfen. Kinder- und Jugendrechte können dabei Teil des Diskussionsprozesses sein.

Freie Wähler: Kinder- und Jugendrechte sind durch die 1992 ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention auch in Deutschland völkerrechtlich verbindlich festgelegt. Sie sind aber bislang nicht explizit als eigene Grundrechte im Grundgesetz verankert. Anstelle eines landesspezifischen Alleingangs halten wir es für sinnvoller, dies auf Bundesebene und damit verbindlich für alle Bundesländer zu dokumentieren.

B90/GRÜNE: Neben anderen Änderungen der Landesverfassung, wie der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, setzen wir uns auch für die Aufnahme von Kinder- und Jugendrechten ein. Bislang sind alle Reformversuche an der Verweigerungshaltung der CDU gescheitert.

Die Linke: Ein eindeutiges Ja! Wir fordern im Bundestag schon lange, dass Kinder- und Jugendrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden und dies werden wir auch im Landtag von Rheinland-Pfalz tun. Wir sind für eine Neufassung von Artikel 24 der Landesverfassung, damit das Kindeswohl bei staatlichem Handeln Vorrang bekommt. Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen müssen klar, verbindlich und einklagbar verankert werden.

SPD: Mit Blick auf die Fragestellung setzen wir unseren Schwerpunkt auf konkrete politische Maßnahmen, um Kinder- und Jugendrechte weiter wirksam zu stärken. Die SPD Rheinland-Pfalz

stellt Kinder und Jugendliche konsequent in den Mittelpunkt ihrer Politik. Wir stärken ihre Rechte auf Bildung, Schutz, Teilhabe und individuelle Förderung, unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Mit beitragsfreien Kitas, kostenfreien Schulmaterialien, dem Ausbau von Mitwirkungsrechten sowie verbindlichen Schutzkonzepten setzen wir Kinderrechte konkret um. Unser Ziel ist, dass junge Menschen sicher aufwachsen, echte Mitbestimmung erfahren und ihr Potenzial voll entfalten können.

Kinder- und Jugendbericht/Forschung: Wie stellen Sie die Fortführung des Kinder- und Jugendberichts sowie die kontinuierliche Förderung von Forschung zu den Lebenslagen junger Menschen sicher, um politische Entscheidungen auf Basis aktueller Daten zu treffen?

AfD: Der Kinder- und Jugendbericht erscheint in der Regel einmal pro Legislaturperiode. Hierfür werden entsprechende Mittel im Landeshaushalt bereitgestellt, die wir als angemessen und ausreichend erachten. Darüber hinaus begrüßen wir entsprechende Forschung und lehnen jede (partei-)politische Einflussnahme auf die Inhalte und Aussagen des Kinder- und Jugendberichts ab. Auch für von Staat und Parlament gewünschten Berichten gilt die Freiheit von Forschung und Wissenschaft.

CDU: Einmal pro Legislaturperiode legt die Landesregierung Rheinland-Pfalz einen Kinder- und Jugendbericht vor, daran werden wir auch künftig festhalten und entsprechende Mittel im Haushalt bereitstellen.

FDP: Wir befürworten die regelmäßige Erstellung eines Kinder- und Jugendberichts, denn politische Entscheidungen müssen datenbasiert erfolgen. Daher werden wir die Forschung zu Lebenslagen junger Menschen stärker unterstützen. Die Jugendstrategie des Landes wollen wir weiterführen.

Freie Wähler: Der 4. Kinder- und Jugendbericht wurde im letzten Jahr vorgelegt und hat somit einen aktuellen Stand (die Arbeiten an diesem Bericht wurden 2022 aufgenommen). Aus unserer Sicht sollten diese Berichte in kurzer zeitlicher Abfolge, gegebenenfalls mit spezifischer Themenstellung, von dem zuständigen Ministerium fortgeführt werden.

B90/GRÜNE: Mit der Reform des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wurde der Kinder- und Jugendbericht gesetzlich verankert. Dabei wurde explizit festgelegt, dass sich der Bericht auf Daten zu den objektiven Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen und auch zu den subjektiven Sichtweisen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stützen soll. Eine kontinuierliche Erforschung der Lebenslagen junger Menschen ist damit gesetzlich festgeschrieben.

Die Linke: Aus unserer Sicht gibt es bereits eine Vielzahl von Forschungen im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Es liegt an der Politik, diese stärker als bisher in die Entscheidungen mit einfließen zu lassen. Wir wünschen uns eine bessere Aufbereitung der Forschungsergebnisse im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und den Einbezug von Forschenden bei der Evaluierung oder Veränderung von Gesetzen. Besonders förderungswürdig im Bereich der Forschung sehen wir partizipative Forschungsprojekte, die die Perspektive von Kindern und Jugendlichen strukturell einbeziehen und sie beteiligen.

SPD: Die SPD Rheinland-Pfalz setzt auf eine transparente und datengestützte und Politik. Die Fortführung des Kinder- und Jugendberichts sowie die kontinuierliche Forschung zu den

Lebenslagen junger Menschen sichern wir durch feste Verankerung wissenschaftlicher Begleitung, systematische Datenerhebung und enge Verzahnung von Forschung und Praxis. So gewährleisten wir, dass jugendpolitische Entscheidungen auf aktueller, belastbarer Datenbasis beruhen.

Niedrigschwellige Rechtsberatung: Wie wollen Sie den Zugang zu einer allgemeinen, niedrigschwelligen Rechtsberatung für alle Kinder und Jugendlichen landesweit gewährleisten und finanzieren?

AfD: Dafür stehen in den wichtigsten Lebensfragen und -bereichen bereits heute verschiedene Ansprechpartner zur Verfügung. Eine allgemeine Notwendigkeit einer vom Staat finanzierten Rechtsberatung spezifisch für Kinder und Jugendliche sehen wir nicht.

CDU: Wir haben in Rheinland-Pfalz bereits ein niedrigschwelliges Rechts- und Unterstützungsangebot für Kinder und Jugendliche – also Angebote, bei denen junge Menschen bzw. ihre Familien ohne großen bürokratischen Aufwand und in der Regel kostenlos oder kostenarm rechtliche Orientierung oder Hilfe bekommen können. Zu nennen ist hier die Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe Rheinland-Pfalz, die als unabhängige Beratungsstelle speziell für Fragen rund um Kinder- und Jugendhilfe fungiert. Hier erhält man Informationen über seine Rechte, Unterstützung bei Konflikten mit Jugendämtern und anderen Einrichtungen oder Begleitung zu Terminen. Dieses kostenlose und niedrigschwellige Angebot für junge Menschen, dessen Finanzierung wir gerade erst im Haushalt verfestigt haben, wollen wir auch weiter erhalten.

FDP: Kinder und Jugendliche müssen ihre Rechte kennen und im Konfliktfall schnell Unterstützung erhalten. Dazu setzen wir auf bestehende, unabhängige und niedrigschwellige Anlaufstellen – etwa die Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe bei der Bürgerbeauftragten – sowie auf eine gute Erreichbarkeit, klare Informationen und digitale Zugänge.

Freie Wähler: Eine solche Beratung sehen wir in der Zuständigkeit der Jugendämter. Auch hier sollte die Möglichkeit einer telefonischen Beratung ohne großen Aufwand machbar sein.

B90/GRÜNE: Wir GRÜNE unterstützen bestehende Beratungsangebote wie die anwaltlichen Beratungsstellen (zum Beispiel im Haus des Jugendrechts in Mainz) die in Kooperation mit den örtlichen Anwaltsvereinen betrieben werden und auch Kindern und Jugendlichen schnelle, unbürokratische und kostenlose Rechtsberatung durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt anbieten.

Die Linke: Zunächst wollen wir die Rolle von Ombudstellen hervorheben, die ein wichtiges kostenfreies Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche darstellen bei Konflikten mit öffentlichen oder freien Jugendhelfeträgern. Diese wollen wir wirksam ausbauen und finanzieren – an den tatsächlichen Bedarfen. Darüber hinaus sehen wir wenig Angebote niedrigschwelliger Rechtsberatung für Kinder und Jugendliche in RLP. Neben der Aufklärung über Kinderrechte in der Schule, sehen wir eine bessere Information über Webseiten und Beratungstelefone als einen wichtigen Baustein an, damit überhaupt Hürden abgebaut werden. Hier können Schulsozialarbeiter*innen eine Schlüsselposition einnehmen und Kinder und Jugendliche informieren und den Kontakt zu weiteren Stellen wie Polizei oder Jugendamt herstellen.

SPD: Unser Ansatz als SPD ist es, eine niedrighschwellige, wohnortnahe und ganzheitliche Beratungsstrukturen weiter zu stärken und auszubauen. Wir setzen auf ein dichtes Netz an Anlaufstellen und Begegnungsräumen in Dörfern und Quartieren. Die Finanzierung und Absicherung der Beratungsdienste, gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege und weiteren Trägern, entwickeln wir bedarfsgerecht weiter.

Wir bündeln Beratungsangebote und schaffen Strukturen, die Prävention, Beratung und Unterstützung aus einer Hand anbieten. Dabei treiben wir auch digitale Zugänge voran, etwa durch einen digitalen Soziallotsen, der über Leistungsansprüche informiert. Gleichzeitig bleiben persönliche und aufsuchende Angebote zentral, damit niemand an bürokratischen Hürden scheitert.

Kinder und Jugendliche profitieren damit von gestärkten, wohnortnahen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im Zusammenspiel von Schule, Jugendhilfe und sozialer Beratung. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung der bestehenden sozialen Infrastruktur des Landes.

Digitaler Raum

Social Media: Wie stehen Sie zu einem Social Media Verbot für unter 16-jährige?

AfD: Die AfD Rheinland-Pfalz ist gegen ein striktes Verbot sozialer Medien für Unter-16-Jährige, da ein solches im Privatleben (außerhalb der Schule) nicht oder nur mit immens hohem Aufwand umsetzbar wäre. Wir setzen stattdessen auf Aufklärung und Schulung im verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien, insbesondere hinsichtlich wichtiger Fragen wie beispielsweise dem vorsorglichen Umgang mit eigenen Daten.

CDU: Die CDU Rheinland-Pfalz sieht den wachsenden Einfluss sozialer Medien auf Kinder und Jugendliche mit großer Sorge, insbesondere mit Blick auf psychische Gesundheit, Suchtverhalten und Desinformation. Deshalb befürworten wir ein Social Media-Verbot für Kinder und Jugendliche - ein entsprechender Beschluss, der eine Altersgrenze von 14 Jahren vorsieht, wurde kürzlich auch auf dem Parteitag der CDU Deutschlands in Stuttgart gefasst. Dabei setzen wir auf einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz durch klare Altersgrenzen, verbindliche Kontrollen der Plattformen, konsequente Durchsetzung bestehender Regeln sowie Medienbildung und elterliche Verantwortung. Wo europäische oder nationale Regelungen nachgeschärft werden müssen, unterstützen wir dies ausdrücklich.

FDP: Ein pauschales Social Media-Verbot lehnen wir ab. Medienkompetenz ist wichtiger als Verbote. Wir setzen auf Aufklärung, Prävention und klare Jugendschutzregeln sowie die Verantwortung der Plattformen. Eltern, Schulen sowie Kinder und Jugendliche müssen unterstützt, nicht entmündigt werden.

Freie Wähler: Ein solches Verbot wird angesichts der Fülle an verfügbaren möglichen Endgeräten nur sehr schwer durchzusetzen sein. Social Media sind auch nicht generell etwas Schlechtes für Jugendliche. Sinnvoller wäre es aus unserer Sicht, die Zugangsmöglichkeiten z.B. zeitlich zu begrenzen. Technisch sollte es heute möglich sein, dies beispielsweise über Zugangsverifizierungen zu steuern.

B90/GRÜNE: Beim Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Medien wollen wir nicht nur regulieren, sondern vor allem befähigen. Handyverbote reichen nicht aus, wenn sie nicht von wirksamer Medienbildung begleitet werden. Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten, kritischen und respektvollen Nutzer:innen digitaler Räume zu machen und gleichzeitig funktionierende Schutzmechanismen zu schaffen. Deswegen wollen wir auf Bundesebene die Social-Media-Plattformen stärker in die Pflicht nehmen, uns für die Einführung wirksamer Alterskontrollen bei Social-Media-Plattformen einsetzen und die erfolgreiche Kampagne von #ScrollNichtWeg im Land weiter fortsetzen. Zudem wollen wir landesweite Präventionsnetzwerke gegen sexualisierte Gewalt im Netz in Zusammenarbeit mit Polizei, Schulen und Fachstellen einrichten.

Die Linke: Wir wollen auch hier lieber mit Kindern und Jugendlichen diskutieren, als über sie. Grundsätzlich sind wir für eine stärkere Regulierung der Inhalte der Plattformen: Wenn Hass und Hetze sowie strafbare Inhalte keinen Platz mehr haben, ist auch die Gefahr für Kinder und Jugendliche nicht mehr so groß, wie sie es derzeit ist. Zudem braucht es spezifische Inhalte auf Social Media, die explizit und professionell Kinder und Jugendliche adressieren. Unser Schwerpunkt liegt darauf, die entsprechenden Digitalkonzerne kinder- und jugendgerecht auszubauen, klare und mehr gesetzliche Zugriffe auf Plattformen zu schaffen statt mit

Nutzungsverboten zu arbeiten. Und zuletzt sehen wir auch hier Medienbildung und -nutzung als wesentlich an.

SPD: Für uns als SPD ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum ein besonders wichtiges Anliegen. Gerade in Zeiten von Desinformation, digitaler Gewalt oder gezielter Manipulation muss die Sicherheit junger Menschen im Internet sowie auf Social Media gewährleistet sein.

Junge Menschen müssen dazu befähigt werden, die Chancen digitaler Medien und die positiven Effekte von Social Media, die es neben den bekannten Risiken auch gibt, zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Deshalb setzen wir unter anderem auf eine gezielte Stärkung der Medienkompetenz. Die bereits verabschiedete ressortübergreifende Medienkompetenzstrategie des Landes ist dabei ein zentraler Baustein.

Grundsätzlich gilt für uns als SPD: Es braucht klare Regeln für Plattformen. Dadurch wollen wir den Schutz für Kinder und Jugendliche gewährleisten, ohne diese von digitaler Teilhabe auszuschließen. Deswegen setzen wir uns auf nationaler und europäischer Ebene für klare und altersgerechte Regelungen für die Nutzung von Social Media ein, damit Kinder und Jugendliche sicher im digitalen Raum unterwegs sein können. Hierzu hat Ministerpräsident Alexander Schweitzer in den vergangenen Wochen entsprechende Vorschläge gemacht.

Digitale Beteiligungsplattform: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um eine zentrale, barrierefreie digitale Online-Plattform aufzubauen, die umfassend über Beteiligungsmöglichkeiten informiert und zur Mitwirkung einlädt?

AfD: Die AfD Rheinland-Pfalz würde eine solche Informationsplattform begrüßen. Wir unterstützen eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung, insbesondere in der Bereitstellung der Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen (Onlinezugangsgesetz). Wir sind uns bewusst, dass mit der Verwaltungsdigitalisierung ein deutlicher Bürokratieabbau erfolgen muss und dass sich die Arbeitsabläufe an digitale Effizienz anpassen müssen, nicht das Digitale an veraltete analoge Vorgehensweisen.

Für Verwaltungsleistungen, die von Bürgern wahrgenommen werden, spricht sich die AfD dafür aus, dass sie weiterhin analog angeboten werden sollen, um älteren Generationen einen selbstständigen Zugang nicht zu erschweren oder gar unmöglich zu machen.

CDU: Die CDU Rheinland-Pfalz will digitale Beteiligung transparenter, einfacher und inklusiver gestalten. Wir setzen uns für den Aufbau einer zentralen, barrierefreien Online-Plattform ein, die über Beteiligungsmöglichkeiten informiert und zur Mitwirkung einlädt – insbesondere für junge Menschen. Beteiligung muss verständlich, niedrighschwellig und sicher sein. Digitale Angebote verstehen wir dabei als wertvolle Ergänzung zur analogen Beteiligung, nicht als Ersatz.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau digitaler Beteiligungs- und Informationsangebote ein, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien den Zugang zu Mitwirkungsmöglichkeiten zu erleichtern. Dieses Prinzip verfolgen wir bereits bei Bildungs- und Betreuungsangeboten, etwa durch eine Plattform, auf der Ferien- und Unterstützungsangebote regional gefiltert und leicht zugänglich gemacht werden.

Dieses Modell kann auf Beteiligungsmöglichkeiten und ehrenamtliches Engagement übertragen werden. Junge Menschen sollen sich einfach über Jugendparlamente, Beteiligungsverfahren, Veranstaltungen und Möglichkeiten informieren und einbringen können. Eine zentrale digitale Plattform schafft Transparenz, verbessert den Zugang und stärkt die Mitwirkung.

Freie Wähler: Eine solche Plattform macht nur dann Sinn, wenn sie nicht nur eingerichtet, sondern auch konsequent gepflegt, aktualisiert und die Beteiligungen aufgenommen, an zuständige Stelle weitergegeben und dort verwendet werden. Dies setzt ein komplexes System voraus, das mit der notwendigen technischen und programmtechnischen Ausrüstung, den finanziellen Mitteln und dem notwendigen Personal ausgestattet werden muss. Das wird nicht in kürzester Zeit aufgebaut werden, ist aber auf jeden Fall ein sinnvolles Ziel, das dann nicht nur für Jugendliche, sondern für alle Teile der Bevölkerung eine Möglichkeit bieten könnte, sich aktiv in politische Fragen einzubringen.

B90/GRÜNE: Wir GRÜNE planen die bestehende Plattform zur Jugendstrategie JES! im Rahmen des Jugendbeteiligungsgesetzes zu einer zentralen, barrierefreien digitalen Plattform für Jugendbeteiligung auszubauen. Diese soll alle kommunalen Beteiligungsformen sichtbar machen, Vernetzung ermöglichen und niedrigschwellige digitale Mitwirkung sicherstellen. Damit verbinden wir verbindliche Jugendbeteiligung mit digitaler Teilhabe und Transparenz – landesweit und unabhängig vom Wohnort.

Die Linke: Wir finden, dass eine digitale Beteiligungsplattform eine gute Idee ist und glauben, dass an bestehende Angebote wie z.B. die Webseite JUGEND.RLP.DE von medien.rlp zwar gut angeknüpft werden kann, jedoch ein Ausbau sehr wichtig ist, z.B. durch interaktive Tools, Verknüpfung mit anderen Social Media Kanälen, Barrierefreiheit, Einfachere Sprache, Mehrsprachigkeit usw. – den wir gerne im Austausch mit dem Landesjugendbeirat sowie anderen Jugendvertretungen besprechen würden.

SPD: Der Ausbau digitaler Beteiligungsmöglichkeiten ist für die SPD ein zentraler Baustein einer lebendigen, transparenten und inklusiven Demokratie.

Mit einem zentralen, landesweiten Beteiligungsportal stärken wir die transparente Beteiligung der Menschen. Bestehende Angebote sollen gebündelt und weiterentwickelt werden, um einen niedrigschwelligen, barrierefreien und verständlichen Zugang zu Beteiligungsformaten zu gewährleisten.

So wollen wir zum Beispiel eine Bürokriemeldestelle einrichten, über die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen, Hinweise zu Formularen, Nachweispflichten und Fristen geben können. Die Rückmeldungen aus der Praxis fließen dann direkt in die politischen Überlegungen. Ergänzend setzen wir auf eine zentrale Koordination der Entbürokratisierung, um eine ressortübergreifende und konsistente Umsetzung sicherzustellen.

Mit diesen Maßnahmen stärkt die SPD die digitale Teilhabe, erhöht die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse und fördert eine breite Beteiligung in Rheinland-Pfalz in allen Altersgruppen.